A1 Antrag Tagesordnung

Antragsteller*in: Kreisvorstand
Tagesordnungspunkt: 1.1 Beschluss der Tagesordnung

Antragstext

1. Formalia

1.1 Beschluss der Tagesordnung

1.2 Beschluss des Protokolls vom 9.9.2023

2. Verabschiedung Haushalt 2024

3. Neubesetzung des Dezernats Klima, Umwelt und Frauen

3.1 Bericht und Empfehlung der Findungskommission für die Nominierung durch die Kreismitgliederversammlung

3.2 Vorstellung der grünen Kandidatin für das Amt der Dezernentin

3.3 Beschlussfassung über die Empfehlung der Findungskommission

4. Städtische Bühnen /Aussprache

5. Berichte

6. Anträge

7. Verschiedenes

Begründung

Erfolgt mündlich

H1 Haushaltsplan 2024 Kreisverband

Antragsteller*in:	Sebastian Deckwarth für den Kreisvorstand (Kreisschatzmeister/Kreisvorstand)
Tagesordnungspunkt:	2. Verabschiedung Haushalt 2024

Antragstext

```
Die Mitgliederversammlung beschließt den Haushalt 2024 für den Kreisverband
Frankfurt am Main von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und nimmt die mittelfristige
Finanzplanung zur Kenntnis.
```

Begründung

Details sind dem Haushaltsplan zu entnehmen, wie er auf Antragsgrün hochgeladen ist (PDF). Erläuterungen erfolgen mündlich auf der Versammlung.

H2 Anpassung der Finanzordnung (Regelung der Nachtragshaushaltspflicht)

Antragsteller*in: Kreisvorstand
Tagesordnungspunkt: 2. Verabschiedung Haushalt 2024

Antragstext

Paragraf 3, Punkt 5, der Finanzordnung des Frankfurter Kreisverbands von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist wie folgt zu ergänzen:

„Zuvor ist er gem. Punkt 3 zu beraten. Gleiches gilt im entsprechenden Verhältnis für Mindereinnahmen, die nicht durch Minderausgaben ausgeglichen sind.“

Im selben Paragrafen und Punkt ist der im ersten Satz genannte Überschreitungswert von 10% auf 5% zu senken.

Begründung

Die Anpassungen entsprechen ähnlichen Regelungen auf Landesebene und stärken eine ausgeglichene Haushaltsführung. Mit ihnen fließen Erkenntnisse aus dem Haushaltsjahr 2023 ein. Die Anpassung vervollständigt die Neufassung unserer Finanzordnung im Jahr 2022.

A3 Antisemitismus- und Awarenessbeauftragte

Antragsteller*in: Kreisvorstand
Tagesordnungspunkt: 6. Anträge

Antragstext

Die Kreismitgliederversammlung beschließt, dass zwei Antisemitismus-Beauftragte und zwei Awareness-Beauftragte, die paritätisch von der KMV auf zwei Jahre zu wählen sind, eingeführt werden. Sie arbeiten mit den bereits existierenden Sexismus-beauftragten und Diskriminierungsbeauftragten in einem Anti-Diskriminierungsteam zusammen.

Die Antisemitismusbeauftragten stehen den Parteimitgliedern und Mitarbeiter*innen bei antisemitischen Sprüchen, Belästigungen und allen Fragen rund um Antisemitismus zur Verfügung und entwickeln gemeinsame mit dem Kreisvorstand Instrumente zur Bekämpfung von Antisemitismus.
Die Awareness-beauftragten dienen bei Veranstaltungen als vertrauliche Anlaufstelle und entwickeln mit Kreisvorstand Awareness-Konzepte weiter, die dazu beitragen, dass die Partei sensibler in der Wahrnehmung von Ausgrenzung, Abwertung, Marginalisierung und Diskriminierung wird. Die Rolle der Sexismusbeauftragten im Frauenstatut wird nicht berührt. Die Diskriminierungsbeauftragten sind weiterhin zuständig für die anderen Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit.

Das Anti-Diskriminierungsteam tagt gemeinsam, kann eigene Konzepte entwickeln, bietet gegenseitige Beratung und Supervision an und achtet besonders auf intersektionale Diskriminierung. Das Anti-Diskriminierungsteam kann bei mehrheitlichem Beschluss unter Ausschluss der Öffentlichkeit tagen. Der Kreisvorstand ist zu Sitzungen des Anti-Diskriminierungsteam einzuladen.

Die Beauftragten im Anti-Diskriminierungsteam sind Ansprechpartner*innen für Betroffene von Diskriminierung. Dazu werden sie zur Verschwiegenheit und Datenschutz verpflichtet. Sie beraten den Kreisvorstand, die Stadtteilgruppen, die Vielfaltskommission und die Arbeitsgruppen. Sie wirken an der innerparteilichen Bildungsarbeit und Empowerment-Projekten mit und initiieren diese eigenständig, wie auch Projekte zu Prävention und Aufklärung von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.Veranstaltungen sind dem Kreisvorstand vorzustellen. Sie kommunizieren mit anderen Ebenen der Grünen zu den Themen Diskriminierung und Vielfalt. Öffentlichkeitswirksame Aktivitäten stimmt das Anti-Diskriminierungsteam mit dem Kreisvorstand ab.

Dem Anti-Diskriminierungsteam und den Beauftragten stehen die Räumlichkeiten der KGS zur Verfügung. Sie bekommen eine Grüne Mail-Adresse. Sie erhalten im Rahmen der Haushaltsplanung finanzielle Unterstützung für externe Schulungen

Begründung

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frankfurt repräsentieren eine vielfältige Gesellschaft, die sich ebenso in unsere Partei geschützt wiederfinden und mitwirken soll und gleichzeitig sind wir Teil eines langfristigen und selbstkritischen Lernprozesses über Diskriminierung, indem wir uns kontinuierlich weiterentwickeln. Das Anti-Diskriminierungsteam hat zum Ziel, dass wir miteinander Politik in einem inklusiven, offenen und freien Raum gestalten. Wir erleben leider gleichzeitig ein Kontinuum und einen Anstieg von Antisemitismus in unserer Gesellschaft. Die Bekämpfung hiervon sehen wir als unseren besonderen Auftrag an. Dafür wollen wir dauerhafte Strukturen schaffen. Somit wollen wir in einer Phase, in der gruppenspezifische Menschenfeindlichkeit und Antisemitismus an vielen Stellen unserer Gesellschaft zu Tage treten , deutlich machen, dass wir uneingeschränkt für Menschenrechte Toleranz, Respekt und Vielfalt stehen.

A4 Grüne FfM gegen Antisemitismus

Antragsteller*in: Petra-Carmen Weber
Tagesordnungspunkt: 6. Anträge

Antragstext

Wir positionieren uns als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frankfurt gegen jeden Antisemitismus und bekennen uns zum Existenzrecht Israels. Dabei ist Antizionismus nur ein neuer Name bzw. eine moderne Form des Antisemitismus. Der Zionismus spiegelte den Wunsch vieler Jüdinnen und Juden wider nach den 2000 Jahren in der Diaspora, die geprägt war von Diskriminierung, Entrechtung, Verfolgung und Ermordung, in der Region ihrer Vorfahr* innen eine sichere Heimstätte zu bilden.

Aus dem Grundsatz folgt: Wir kooperieren als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frankfurt nicht mit Organisationen und Gruppierungen, die diese Grundsätze in Frage stellen bzw. ablehnen und bekämpfen. Wir rufen alle Menschen in Frankfurt dazu auf, gemeinsam und solidarisch an der Seite unserer jüdischen Freundinnen und Freunde zu stehen. Wer Hass auf Israel oder Jüdinnen und Juden säht, soll die ganze Härte des Rechtsstaats zu spüren bekommen. Wir werden in unserer Stadt immer die offene, vielfältige Gesellschaft verteidigen. Es ist unsere Verantwortung, allen entgegenzutreten, die sich auf die Seite des Terrors und der Menschenfeindlichkeit stellen. Es ist unsere Verantwortung, gegen Israel-Hass und Antisemitismus vorzugehen. Nie wieder ist jetzt!

In der Stadtpolitik setzen wir uns dafür ein, dass auf allen Ebenen und in allen Prozessen diese Grundsätze gelten, wie in der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft. Wir unterstützen die Stadt Frankfurt dabei, dass alle rechtlichen Rahmenbedingungen ausgeschöpft werden, dass städtische, und öffentliche Plätze etc. nicht zu antisemitischen Hassproklamationen missbraucht werden

Wir setzen uns dafür ein, dass das „islamische Zentrum“ in Frankfurt geschlossen wird. In Zusammenarbeit mit dem Bundesnachrichtendienst soll sichergestellt werden, dass Antisemiten aus anderen Ländern der Welt sich nicht in Frankfurt neu organisieren oder diese Stadt zur Rekrutierung nutzen können. In Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz müssen Konzepte gegen Personenkreise entwickelt werden, die bereits dauerhaft hier leben und antisemitisch agitieren. Der Schutz und das Leben der jüdischen Gemeinde hat absolute Priorität in der

Sicherheitspolitik. Es gibt keinerlei Toleranz und falsches Verständnis gegenüber antisemitischen Straftaten und Straftäter*innen gleich und unabhängig von jeglichen Eigenheiten wie Herkunft oder Religion, etc. Hingegen setzen wir uns dafür ein, dass zielgruppenspezifisch in die Milieus geschaut wird, um mit Aufklärungskampagnen gegen antisemitische Stereotypen und Narrative zu arbeiten. Hierzu müssen Kommunal-, Landes- und Bundesebene effektiv zusammenarbeiten. Hier begrüßen wir, dass 2022 unter Grüner Regierungspolitik eine „Meldestelle gegen Antisemitismus“ geschaffen wurde. Die Präventionsarbeit des RIAS und des Hessischen Informations- und Kompetenzzentrums gegen Extremismus sollen dabei stark eingebunden und unterstützt werden. Dabei soll auch evaluiert werden, welche Medien mit extremistischen Inhalten Menschen in Deutschland zum Ziel haben, die aufgrund der Sprachbarrieren der Mehrheitsgesellschaft häufig nicht erkannt werden.

Gleichzeitig muss dies auch in Kooperation mit den Jugendeinrichtungen und Sportvereinigungen passieren. Der Bericht der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Hessen (RIAS Hessen) muss auch jährlich für Frankfurt ausgewertet werden, wie sich antisemitische Straftaten und wie sich Einstellungen entwickelt haben und darauf basierend Handlungsempfehlungen angepasst und weiterentwickelt werden,

Die Städtepartnerschaft mit Tel-Aviv soll ausgebaut und Programme zum gemeinsamen Austausch etc. entwickelt werden. Hingegen müssen die Städtepartnerschaften mit Kairo und Dubai auf den Prüfstand gestellt werden, da diese sich nicht in Demokratien befinden und nicht demokratisch regiert werden und diese zudem das Existenzrecht Israels nicht anerkennen. Allerdings stellen wir uns gegen eine Agitation, die Muslime allein als Schuldige für Antisemitismus ausmacht, um damit Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu legitimieren. Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus stehen in gleichem Masse gegen die grünen Wertvorstellungen und werden gleichermaßen abgelehnt und bekämpft.

Wir lehnen Antisemitismus überall ab, das heißt nicht nur den stark ausgeprägten Antisemitismus in der rechtsextremen Szene und in der islamistischen Szene, sondern auch den, der in der linksextremen Szene häufig vorkommt, oder sich als „Friedensbewegung“ verkleidet. Es ist uns bewusst, dass Antisemitismus in allen Teilen der Gesellschaft vorkommt – auch im linkspolitischen Spektrum, z.B. getarnt als Kampf gegen den Imperialismus oder Kolonialismus. Antisemitismus muss in allen seinen Erscheinungsformen gleichermaßen bearbeitet und erkannt werden: ob sekundär, israelbezogen, verschwörungstheoretisch oder sonst wie: Antisemitismus bleibt Antisemitismus. Als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frankfurt zeigen wir, dass Antisemitismus auch im linkspolitischen Spektrum keinen Platz hat.

Dazu arbeiten wir auch an unserer eigenen Geschichte selbstkritisch, um damit auch ein Vorreiter*innen-Rolle zu spielen. Dazu fordern wir den Bundesverband

auf, wie zur Pädophilie-Debatte, die Geschichte des Antisemitismus in den 70ern und 80ern der Grünen Bewegung extern und unabhängig aufarbeiten zu lassen. Auch müssen Anlaufstellen für gegebenenfalls Betroffene geschaffen werden. Zusammen mit künftigen Antisemitismus-Beauftragten im Kreisverband setzen wir uns dafür ein, für strukturelle Bildungsarbeit im Kreisverband, insbesondere um auch den latenten und strukturell schwer fassbaren Antisemitismus erkennbar zu machen. Wir wünschen uns, dass bei den Grünen deutschlandweit Anti - Diskriminierungsstrukturen aufgebaut werden, die sich insbesondere auch mit Antisemitismus befassen.